

Medienmitteilung vom 5. November 2009

FDP: Ja zum Energiegesetz – Nein zur Initiative

Klare Sache bei der FDP des Kantons Schwyz am Mittwoch in Einsiedeln. Die Minarett-Initiative hatte genauso wenig Chancen wie das Verbot von Kriegsmaterialien-Exporten. Dafür steht man hinter dem kantonalen Energiegesetz.

Mit 68 zu 0 Stimmen fassten die FDP-Delegierten am Mittwoch in Einsiedeln die Ja-Parole zum kantonalen Energiegesetz. Nicht ohne verschiedentlich darauf hinzuweisen, dass der Vorlage im Parlament vielleicht etwas zu viele Zähne gezogen wurde. Man hätte ruhig mutiger sein dürfen, meinte dazu ein Delegierter.

Initiative chancenlos

Für FDP-Parteipräsident Vincenzo Pedrazzini aus Wollerau ist aber klar, dass die FDP in Energiefragen am Ball bleiben wird. «Es gibt hier vieles zu optimieren und wir werden künftig vermehrt mit Vorschlägen und Vorstössen in dieser Art aktiv sein.» Das Energiegesetz ist dazu die Basis, die von der SP lancierte Initiative «Für eine aktive Schwyzer Energiepolitik – mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien» hingegen fand im liberalen Lager wenig Gegenliebe. Referentin FDP-Kantonsrätin Doris Kälin beurteilt die Vorlage als «gut gemeint, aber falsch gemacht» und somit überraschte die einstimmige FDP-Parole mit 69 Nein-Stimmen nicht sonderlich. Auch die Parole zur Teilrevision des Gesetzes über die Förderung des öffentlichen Verkehrs fiel einstimmig aus. 70 FDP-Delegierten sagten Ja.

Michel und Marty kreuzten Klingen

Auf nationaler Ebene sorgt die Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» nicht zuletzt wegen den Plakaten der Initiative-Befürworter für heisse Köpfe. Für FDP-Vizepräsident Kaspar Michel aus Schwyz ist die Initiative unnötig, untauglich und gar gefährlich. Vor allem auch weil sie aus parteipolitischem Kalkül und zum Teil aus einem suspekten Umfeld komme. «Mögliche Probleme mit dem Islamismus werden mit dieser Initiative komplett falsch angegangen. Ein Minarett hat nichts mit der Angst vor Terror-Anschlägen zu tun und ein Verbot gehört schon gar nicht in die Verfassung.» Vor allem würden allfällige Minarett-Bauvorhaben den strengen Richtlinien sowohl des Bau- und

Raumplanungsgesetzes wie auch dem Ortsbild- und Denkmalschutz unterliegen. Trotz vehementen Voten des früheren Säckelmeisters der Gemeinde Freienbach, Marco Walser, für eine Annahme der Initiative, fiel die Parole deutlich aus. 56 Delegierten sagten Nein, 7 Ja. Den Fokus an der DV wurde aber auf die Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» gesetzt. Volkswirtschaftlich ist diese Initiative für die Schweiz ungleich bedeutender als die Minarett-Geschichte. Aus diesem Grund handelte die FDP die Initiative auch kontradiktorisch ab. Unter der Gesprächsleitung von Victor Kälin (Chefredaktor Einsiedler Anzeiger) stellten Andreas Marty (SP Arth) und Martin Michel (FDP Lachen) ihre Sicht der Dinge klar und diskutierten anschliessend mit harten Bandagen.

Zwischen Moral und Eigenverantwortung

Während für Martin Michel die Initiative versteckt die Armeeabschaffung zum Fernziel hat und auch zur moralischen Gewissensberuhigung dient, stört sich Befürworter Andreas Marty vor allem daran, dass die Schweiz Waffenindustrie anscheinend nicht fähig ist, das Waffenexport-Gesetz zu befolgen und zählte gleich einige bekannte Fehlgriffe auf. Diese bestritt auch Martin Michel nicht, doch er hätte auch nichts gegen verschärfte Kontrollen. «Aber wenn die Ruag Munition nach Deutschland verkauft und die Deutsche Armee im Rahmen eines UNO-Mandates diese in Afghanistan im Einsatz hat, dann ist dies sicher kein Missbrauch.» Weiter ist Martin Michel der Ansicht, dass mit einem Verbot ein Wirtschaftszweig verloren geht, der für die gesamte Schweiz eine Forschungs- und Innovationsschmiede ist. «Dieses Knowhow und die 10 000 Arbeitsplätze dürfen wir nicht riskieren.» So sahen es auch die Delegierten und fassten mit 67:2 die Nein-Parole. Auch zur Vorlage über den «Bundesbeschluss zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr» sagte die FDP mit 52:10 deutlich Ja.

Text: Roger Bürgler